Ä13 Rechtsextremist*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher

Änderungsantrag zu V1

In Zeile 10:
Eine Umdeutung und Verharmlosung rechtsextremer Proteste durch die Verwendung von Begriffen wie "bürgerlich" oder "Spaziergang" lehnen wir ab, ebenso die Gleichsetzung friedlicher Proteste der Anti-Atomkraft-Bewegung oder Klimaaktivist*innen mit Fackelmärschen an Privatadressen von Politiker*innen. Insbesondere als ostdeutscher Landesverband ist es für uns inakzeptabel, die Diktatur in der DDR zu verharmlosen und mit der Politik der Bundes- und Landesregierung gleichzusetzen. Das gilt auch für Vergleiche, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen ~~billigen,~~ leugnen oder verharmlosen.

Begründung

1. Es handelt sich bei der beschriebenen Gleichsetzung der politischen Systeme von DDR und BRD um nichts Anderes als Verharmlosung der SED-Diktatur.

2. Wurden tatsächlich irgendwo Nazi-Terrormaßnahmen gebilligt? Dann wäre es von Seiten der Schwurbler unlogisch, Nazivergleiche zu ziehen!